

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Saben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Selb. Anstalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Post und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigepreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 36 mm breite Kettzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 36 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 283

Dresden, Montag den 7. Dezember 1925

36. Jahrg.

Welche Koalition?

Die Regierung Luther ist am Samstag zurückgetreten. Sie hat die Verträge von Locarno unterzeichnet und es gilt nun, das durch das Ausschleiden der Deutschnationalen labrierte Kabinett neu zu bilden und eine parlamentarische Mehrheit zu finden.

In der Presse werden seit Tagen alle möglichen Kombinationen erörtert. Ein Kabinett mit wechselnden Mehrheiten? Ein Kabinett der Mitte? Oder wiederum Beteiligung der Deutschnationalen? Oder die „Große Koalition“ mit den Sozialdemokraten?

Auch unsere Parteipresse hat sich mit dieser Frage bereits befaßt und sich nahezu allgemein gegen eine Beteiligung der Sozialdemokratie ausgesprochen. Jetzt bringt der Soz. Presbedienst einen Artikel zu dieser Frage und wir nehmen an, daß er den Standpunkt des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Leitung unserer Reichstagsfraktion widerspiegelt. Es heißt in diesem Artikel:

Es ist immerhin bemerkenswert, daß neben dem Zentrum und den Demokraten Herr v. Hindenburg ebenfalls die Mitarbeit der Sozialdemokratie in der kommenden Regierung für unbedingt erforderlich hält. Auch in dieser Frage befindet er sich in schroffem Gegensatz zu der Auffassung seiner deutschnationalen Parteifreunde. Sie sind unter allen Umständen bestrebt, die Sozialdemokratie für immer von der Regierung auszuschalten, sich bei dem neuen Kabinett eine Sinter- für offenzubehalten, um nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund möglichst bald an der Spitze wieder Platz zu nehmen oder wenigstens, wie zur Zeit der Regierung Cuno, einflussreich auf die politischen Entscheidungen einzuwirken. Man sieht jedenfalls im Begriff, sich mit Locarno und mit dem Eintritt in den Völkerbund ebenso abzufinden wie im Januar 1925 mit der republikanischen Weimarer Verfassung.

Der Artikel betreibt dann auf die neu auftauchenden Besuchen deutschnationaler Regierungspolitik und auf die negative Phrasenpolitik der SPD. Dann sagt der Soz. Presbedienst:

Über wie früher, so hängt auch heute unsere endgültige Bereitschaft, in ein Kabinett einzutreten, von den Umständen ab, unter denen regiert werden soll und kann. Sind die Aussichten für eine Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch unsere Teilnahme so groß, daß sie umgehend eine zufriedenstellende Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Arbeitnehmerschaft in Aussicht stellen, dann wäre es eine Verschwendung an der breiten Masse, wenn wir ebenso handeln wollten wie die Kommunisten. Im entgegengeetzten Falle aber würden wir uns und unserer Partei einen schlechten Dienst erweisen, der sich in absehbarer Zeit bitter rächen müßte. Was nutzt der Arbeiterschaft eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung, von der positive Vorteile nicht zu erwarten sind, an deren Ende aber die Zerrüttung unserer Organisation und damit des härtesten Bollwerks für die Republik und die Interessen des arbeitenden Volkes steht?

Von diesen Gesichtspunkten aus dürften Fraktion und Parteivorstand die an sie heranretende Frage des Eintritts in eine Regierung der Großen Koalition zu prüfen haben. Ihre Entscheidung hängt teilweise von der Bereitschaft der anderen Parteien ab, die Sorgen der um ihr täglich Brot kämpfenden Arbeiterschaft zu lindern, überhaupt der wertvollen Beschäftigten Brot und Arbeit zu geben und sie wirtschaftlich in jeder Beziehung stärken zu helfen. Entweder zeigen die bürgerlichen Parteien, zu welchen Hilfsmaßnahmen und welcher Politik sie bereit sind, oder sie werden von unserer Seite Hinz und Hinz vor die Frage gestellt werden müssen, was sie wollen.

Der Soz. Presbedienst spricht sich zum Schluß sehr skeptisch über die Garantien aus, die uns für die Durchführung eines wirtschaftlichen und sozialen Reformprogramms in einer Großen Koalition geboten werden können. Wir möchten das noch etwas schärfer unterstreichen als es der Soz. Presbedienst tut, denn wir würden es für einen Fehler halten, wenn sich die Sozialdemokratie zur Zeit des wirtschaftlichen Schlamassels mit auf die belagerten Wälle der Regierung stellt, nachdem die anderen durch ihre unsoziale Zoll- und Steuerpolitik die gegenwärtige Krise verschärfen helfen. Die Volkspartei hofft und wünscht die erneute Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen. Die Volkspartei wird, wenn Demokraten und Zentrum eine Gemeinschaft mit den Deutschnationalen ablehnen, sich vielleicht damit abfinden, daß der Sozialdemokratie allerhand programmatische Versprechungen gemacht werden. Aber schließlich erscheint dann eines schönen Tages ein junger Mann der Schwerindustrie bei Stresemann und alle Versprechungen fliegen in die Luft wie ein Pfeil im Herbst 1923. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage die Kampfkraft der Arbeiter vermindert und darum die Sozialdemokratie in der Regierung schwächer erscheinen lassen würde als in der Opposition. Wir hoffen daher, daß der morgen zusammenretende sozialdemokratische Parteivorstand seine Entscheidung zur Regierungsfrage in diesem Sinne fällt.

Löbe beim Reichspräsidenten

Hindenburg für die Große Koalition

SPD. Der Reichspräsident empfing am Sonntag mittag im Zusammenhang mit dem Rücktritt der Regierung Luther den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe, um mit ihm die parlamentarische Lage zu erörtern. Reichspräsident Hindenburg gab im Verlauf der Unterredung der Hoffnung Ausdruck, daß es bald möglich sein werde, eine neue Regierung zu bilden. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, beabsichtigt der Reichspräsident auf die Bildung der Großen Koalition hinzuwirken. Er ist der Auf-

fassung, daß die Sozialdemokratie in die Regierung einbezogen werden muß, um dem neuen Kabinett eine möglichst breite Grundlage zu geben.

Der Reichspräsident hat die Führer der sozialdemokratischen Fraktion zu Montag vormittag 10 Uhr zur Besprechung der durch die Regierungskrise eingetretenen Lage zu sich gebeten. Anschließend werden die Führer der anderen Fraktionen empfangen werden. Die Einteilung des Empfanges richtet sich entsprechend den parlamentarischen Gepflogenheiten nach der Stärke der Fraktionen.

Forderungen an die republikanischen Parteien

D. Berlin, 7. Dezember. (Vgl. Junkfrucht.) Als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden heute dem Reichspräsidenten Herrmann Müller und Wilhelm Dittmann von dem Reichspräsidenten empfangen werden. Da sowohl die Fraktion als auch der Parteivorstand noch nicht gelangt haben, dürfen sie dem Reichspräsidenten endgültige Erklärungen nicht abgeben.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich bisher bekanntlich nur zu dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung positiv geäußert, während eine Stellungnahme zur Großen Koalition bis jetzt peinlichst vermieden wurde. Auf der Tagesordnung ihrer morgigen Sitzung ist nun ausdrücklich die „Stellungnahme zur Großen Koalition“ vermerkt.

Die linksrepublikanische Welt am Montag schreibt unter dem Titel „Große Koalition — großes Reineinmachen“ zur Frage der Regierungsbildung: „In der Großen Koalition wäre die Sozialdemokratie die stärkste Partei und hätte schon dadurch, wenn sie nicht etwa in der Auswahl ihrer Leute ungeschickt wäre, starken Einfluß, sie hätte vor allem die Initiative zu einigen Vorhaben ergreifen, die uns unerlässlich scheinen, wenn nicht die Erfolge unserer äußeren Politik durch innere Ereignisse vernichtet werden sollen. Mit erfreulicher Bestimmtheit hat Severing erklärt, solange er auf seinem Platze stehe, gäbe es keinen Fortschritt. Wir haben großes Vertrauen zu ihm, der sich unerschütterliche Verdienste um die Festigung der Republik erworben hat. Aber in Weidenburg hat er nichts zu sagen und in Bayern erst recht nicht. Außerdem — eine personale Garantie ist viel wert, aber es scheint uns wesentlich, daß sie durch materielle Garantie ergänzt wird. Waffenlager auf Waffenlager, geheime Rechtsorganisationen werden entdeckt. Nach dem Funden in Ostpreußen weiß man von einem neuen in Götting zu berichten. Was wird mit den Waffen? Die list man von ihrer Vernichtung. Was wird mit den Verbergern der Waffen? Fast nie list man von ihrer Verhaftung, wenn es sich nicht mal ausnahmsweise um Kommunisten handelt. Und vor allem — die Waffen werden immer nur durch Zufälle gefunden. Wie viele mögen noch verbergen sein? Die akute Putschgefahr scheint überhand zu nehmen, die chronische bleibt bestehen, solange nicht die Rechtsübersicht restlos entkräftet sind. Dazu bedarf es einer systematischen Aktion von Reich wegen, nämlich auf dem platten Lande. Ein Gesetz, etwa folgenden Inhalts: Aufforderung, bis zu einem bestimmten Termin alle illegalen Waffen abzugeben. Aufseher der Strafhaft, wenn bis zu diesem Termin abgeliefert wird. Strenge Freiheitsstrafe für die, bei denen nachher noch Waffen entdeckt werden. Prämien für die, welche auf illegale Waffenlager aufmerksam machen, sofortige Vernichtung aller festgestellten illegalen Waffen (nicht etwa Aufforderung bei irgendwelcher Behörde, deren Gewissen man je allzu leicht wieder entkommen werden können), wäre ein Votum für die Schutze der Republik, auf dem die Sozialdemokratie bestehen sollte, freilich wirksam nur bestehen könnte, falls sie in die Große Koalition eintritt.“

Wozu zu sagen wäre, daß alle die hier vorgeschlagenen Maßnahmen durch eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie noch lange nicht die nötige Kraft und Wirkung erlangen. Dazu wäre vor allem eine entschiedener Haltung der anderen republikanischen Parteien nötig.

Steigende Not

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin

Amlich wird mitgeteilt: Die kritische Lage des Berliner Arbeitsmarktes wurde in der letzten Woche durch eine weitere stark ansteigende Arbeitslosigkeit in fast allen Berufsgruppen gekennzeichnet. Die Zunahme der Arbeitslosenzahlen in Berlin betrug gegenüber der Vorwoche annähernd 10 000, eine Steigerung, wie sie in dieser Zeitungsperiode noch nicht beobachtet wurde. Infolge der sich immer mehr vermindern Kaufkraft weicher Kreise haben sich auch die bereits schon fast zurückgekehrten Erwartungen der Handelswelt für das Weihnachtsgeschäft nicht erfüllt, so daß zum Teil bereits erteilte Aufträge zur Bestellung von Ausbisskräften zurückgezogen wurden, zum Teil die in Aussicht gestellten Aufträge unterbrochen sind. Ein Vergleich mit der Zahl der Arbeitslosen in der ersten Notensperre ergibt, daß damals 65 184, jetzt bereits 101 758 Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern eingetragen sind, gegen 91 935 in der Vorwoche.

Arbeiterentlassungen bei Krupp

Essen, 6. Dezember. (Vgl. Draht.) Der Geschäftswagen der Firma Krupp verlor sich vor dem Montag zu Bonn. Zu Raftinsbau II, wo Kruppische Züge aller Art hergestellt werden, wurden im Laufe der Woche 150 Wagen herausgebracht, im Monat November sind noch nicht 20 Wagen hergestellt worden. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse im Maschinenbau II und im Lokomotivbau. Ragnia IV wird demnach ganz stillgelegt. In den Erdbereiten I bis III erfolgen teilweise Stilllegungen, während hauptsächlich einzelne hundert Arbeiter entlassen sind. In der Erdbereiten I bis III erfolgen teilweise Stilllegungen, während hauptsächlich einzelne hundert Arbeiter entlassen sind. In der Erdbereiten I bis III erfolgen teilweise Stilllegungen, während hauptsächlich einzelne hundert Arbeiter entlassen sind.

Sozialdemokratie und Zweikampf

Von Hermann Wendel

Bei den Beratungen über das Militärstrafgesetzbuch im Rechtsausschuß des Reichstages hat die Sozialdemokratie versucht, den Bestimmungen gegen den Zweikampf durch Verschärfung der Strafen mehr Gewicht zu geben. Durchaus folgerichtig wollte sie bei einem Verstoß gegen die Duellparagrafen neben den andern Strafen auch auf Duellentlassung erkannt wissen, denn wer planmäßig und mit Vorbedacht in einem so wichtigen Punkt die Gesetze des Staates mißachtet, verliert die Eignung zum Diener und Schützer dieses Staates. Auf derselben Linie der Logik liegt der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, dem bürgerlichen Strafgesetzbuch einen entsprechenden Zusatz beizufügen. Aber wenn in diesem Zusammenhang die Frankfurter Volksstimme in ihrer Nummer vom 25. November die Meinung ausspricht, „daß auch das Duell ein gemeiner Mord ist, und wie ein solcher mit entbehrenden Justizstrafen belegt werden müßte“, so schießt sie nicht nur im verständlichen Haß gegen ein borbarrisches Ueberbleibsel der Feudalzeit weit übers Ziel hinaus, sondern vermischt auch die scharfe Begriffsbestimmung, die eine der wesentlichsten Tugenden des sozialdemokratischen Politikers sein sollte.

Die Teilnahme am Duell unter allen Umständen als entbehrend zu brandmarken, entbehrt nicht des Nötigen für eine Partei, deren Gründer, Ferdinand Lassalle, im Zweikampf den Tod fand. Oder, um in die jüngere Vergangenheit zurückzugreifen, will jemand im Ernst auf der Ehre des unvergesslichen Zanders nur ein Stäubchen entdecken, weil er einmal mit dem nationalstiftlichen Heißhörn Dörrschiede den Degen kreuzte? Aber auch wenn solche sich auf Personen beziehenden Beweise, solche Argumenta ad hominem wenig belegen, darf nicht verkennen, daß die Tötung eines Menschen nicht immer und überall Mord ist und Justizmord verdient. Selbst beim Zweikampf läßt sich der Fall denken, daß der eine den andern nur verlesen will und ihn gleichwohl tötet; dann liegt Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode vor. Oder er will in die Luft schießen und die fehlgehende Kugel tötet den andern dennoch; dann handelt es sich gar nur um fahrlässige Tötung.

Aber auch solche Fälle ausgeschaltet, kann es nimmermehr Aufgabe der Sozialdemokratie sein, das Strafrecht mit der Holzart grob zu vereinfachen, sondern auf Grund der neuen Erkenntnisse der Soziologie und Pathologie zu sondern, zu stufen und zu verfeinern. Und da ist auch vorläufige Lösung im Zweikampf in aller Welt nicht strafrechtlich dem Mord gleichzustellen, denn indem zwei Duellanten sich verabreden, einander als Schicksalshelden zu benutzen, spricht jeder dem andern ausdrücklich das Recht zu, ihn zu töten. Diese Zustimmung ist ein sehr wichtiges Moment, das bei Mord und Totschlag vollständig fehlt. Als in früheren Zeiten die linksstehende bürgerliche Presse gelegentlich verlangte, daß die Duellparagrafen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen würden und der Zweikampf demnach wie andere Verbrechen gegen Leib und Leben zu ahnden sei, machte denn die Sozialdemokratie nicht mit. Die Auffassung der Kruppzeitung, die einen Widerspruch gegen die einfachsten Rechtsbegriffe darin sah, eine Handlung, die weder Mord noch Totschlag ist, als Mord oder Totschlag zu bestrafen, beständige die Kritik so scharf, jedem Zugeständnis an die bürgerliche Welt abgeneigter sozialdemokratischer Denker wie Franz Mehring:

Das Duell, das nur einmal ein anderes Verbrechen ist als Mord oder Totschlag, gleichwohl unter die Strafe dieser Verbrechen zu stellen, läßt im Prinzip auf die selbe Ausnahmegegesetzgebung hinaus, unter der die arbeitenden Klassen so viel zu leiden gehabt haben, und die angebliche Bestimmung des Duells müßte vermieden werden, selbst wenn es so wirksam wäre, wie es unwirksam ist.

Aber wir wissen auch, was Karl Marx über den Zweikampf dachte. Als im Sommer 1858 Lassalle in Berlin mit einem Intendantenrat einen Zusammenstoß hatte und eine Wundenforderung erhielt, holte er die Meinung von Marx über den Fall selbst ein, wie darüber, ob das Duell nicht nur „ein unvernünftiges Betreiben einer überwindenen Kulturstufe“, sondern auch „durch die Prinzipien der Demokratie ausgeschlossen“ sei. Die Antwort, die der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus erteilte, lautete:

Wir glauben nicht, daß im allgemeinen gesprochen solch relative Affäre wie ein Duell unter die Kategorie von gut oder schlecht zu subsumieren ist. Daß das Duell an sich nicht rational ist, unterliegt keinem Zweifel. Ebensowenig, daß es Reliquie einer vergangenen Kulturstufe. Jedes bringt es die Einseitigkeit der bürgerlichen Gesellschaft mit sich, daß im Gegensatz zu derselben gewisse feudale Formen der Individualität überleben. Das Vorkommen des Duells in den bürgerlichen Staaten von Amerika beweist dies aufs schlagendste. Individuen können in sich unerbittliche Kollisionen miteinander geraten, daß ihnen das Duell als einzige Lösung erscheint. ... So ist das Duell eine reine Farce. Es ist jedesmal Farce, wenn es aus Mitleid gegen die sogenannten „offiziellen Reue“ stattfindet. Wir machen daher das Duell rein von Umständen abhängig, so daß zu ihm als Ausnahmeverweise für aller letzten Instanz. Aber in ausnahmsweisen Umständen gerechtfertigt werden kann.

Als Verstoß gegen demokratische oder sozialistische Grundzüge sahte Marx also die Teilnahme an einem Zweikampf keineswegs an, aber er trat ins Zornige, wenn er weiter darauf:

Die Forderung von Berlin, daß Kollisionen mit ihnen im Wege des Duells abgemittelt werden müssen, ist ihnen zu-